

Lohnkosten

Lohnkosten begrenzen – Standort sichern

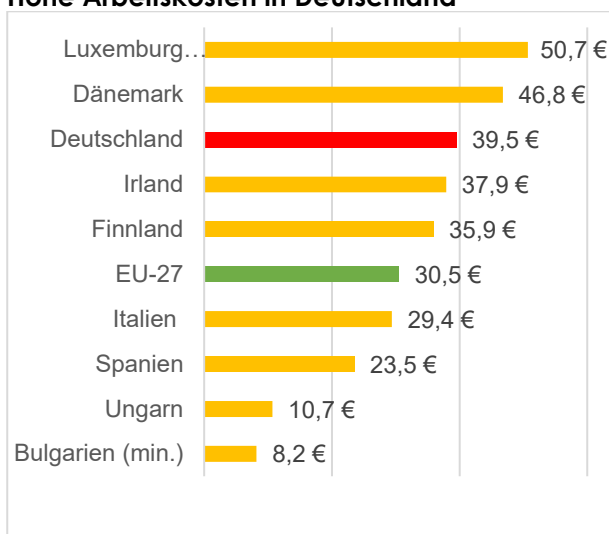
Um was geht es?

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts

Deutschland ist und bleibt ein Hochlohnland. Bundesweit mussten Arbeitgeber durchschnittlich 39,50 € für eine geleistete Arbeitsstunde zahlen. Hessen liegt mit rd. 40 € je Arbeitsstunde im Bundesländervergleich sogar auf Platz 2 (2020). Verglichen mit dem EU-Durchschnitt ist eine Arbeitsstunde in Deutschland um rd. 30 % teurer. In der Industrie ist eine Arbeitsstunde mit durchschnittlich 44 € sogar um rund 45 % teurer als im EU-Durchschnitt (30,5 €, Statistisches Bundesamt 2023).

Arbeitskosten haben einen hohen Einfluss auf die Attraktivität eines Landes als Standort für Unternehmen. Ihre Höhe bestimmt die Rentabilität von Investitionen entscheidend mit. Bei vergleichbaren Rahmenbedingungen wird ein Land eher Ziel von Investitionen, wenn das Arbeitskostenniveau geringer ist. Niedrige Arbeitskosten sind ein Standortvorteil, weil sie die Rendite vorhandener und die Renditeerwartungen neuer Investitionen erhöhen. Dadurch entstehen neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und der Druck, vorhandene Arbeitsplätze aus Kostengründen abzubauen oder zu verlagern, nimmt ab.

Hohe Arbeitskosten in Deutschland



Arbeitskosten je geleisteter Stunde - prod. Gewerbe und wirtsch. Dienstleistungen (in €), ausgewählte EU-Staaten 2022;
Quelle: Destatis 2023; eig. Darstellung.

Was braucht die Wirtschaft?

Gute Standortbedingungen

Neben anderen Standortfaktoren wie Infrastruktur, Arbeitskräftepotential und erreichbaren Absatzmärkten ist die Höhe der Arbeitskosten besonders wichtig für die Qualität des Standorts und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Das Lohnniveau sollte deshalb immer die Produktivität der Branche spiegeln. Denn steigen die Arbeitskosten schneller als die Produktivität, verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Was ist zu tun?

Lohn- und Sozialpolitik mit Augenmaß

- Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik fortsetzen
Branchendifferenzierte, produktivitätsorientierte und flexible Tarifverträge haben maßgeblich zum Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre beigetragen. Damit Arbeitsplätze gesichert und unser Standort attraktiv für Neuinvestitionen bleibt, dürfen Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen nicht überziehen. Denn nach Reallohnverlusten im Zuge der Corona-Krise ist die Inflationsrate derzeit wieder rückläufig und auch die Reallohne steigen seit 2023 wieder an. Für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sollten Abschlüsse unterhalb des Produktivitätsfortschritts erfolgen.
- Abgabenbelastung begrenzen
Nach den OECD-Zahlen belastet kaum ein anderes Land den Faktor Arbeit so hoch mit Abgaben wie Deutschland. Die Sozialversicherungsbeiträge wirken wie eine „Zusatzsteuer auf Arbeit“, soweit zusätzlichen Beiträgen keine zusätzlichen Leistungsansprüche gegenüberstehen. Die hessische Landesregierung muss sich deshalb im Bund vor allem dafür einsetzen, dass der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung wieder auf unter 40 % absinkt. Von den hohen Bruttolöhnen in Deutschland muss auch ein ausreichend großer Teil bei den Beschäftigten ankommen.